

Stadt Hohenems in der Entwicklung ausgebremst

Raumplanungsbeirat erteilt Erweiterung des Betriebsgebiets an der A 14 vorläufige Absage.

TOBIAS HÄMMERLE
tobias.haemmerle@vn.vol.at, 05572/501-187

HOHENEMS. Die Stadt Hohenems hat in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung einen herben Rückschlag erlitten. Im Raumplanungsbeirat des Landes wurde gegen die Umwidmung eines 13,5 Hektar großen landwirtschaftlichen Grundstücks gestimmt - knapp mit 10:8 Stimmen, wie die VN erfahren haben. Wäre die Abstimmung positiv ausgefallen, hätte das Betriebsgebiet direkt neben der A 14 erweitert und für große Betriebsansiedelungen Platz geschaffen werden können.

Der Entscheid löst bei einigen Proponenten im Raum-

„Die Ausnahme aus der Grünzone macht absolut Sinn. Das Konzept ist völlig schlüssig.“

DIETER EGGER



planungsbeirat Empörung aus. Helmut Steurer, Direktor der Wirtschaftskammer Vorarlberg, ist etwa der Meinung: „Wir sind starke Befürworter des Projekts. Das Gebiet wäre mit der Verkehrsanbindung geradezu perfekt für Betriebe.“ Zudem hätte sich die Stadt, geht es nach Steurer, nach all den Jahren und den Bemühungen einen positiven Bescheid verdient.

Stellungnahmen positiv

Völlig unverständlich ist die Entscheidung auch für FPÖ-Chef Dieter Egger. „Die Herausnahme aus der Grünzone macht absolut Sinn“, sagt Egger und verweist auf eine Studie der TU Wien, wonach in Vorarlberg die großen zusammenhängenden Betriebsflächen in Zukunft knapp werden: „Eben dieses Gebiet wäre eines der wenigen. Außerdem: Wo soll sich Hohenems sonst entwickeln, wenn nicht dort?“ Zudem sei das Konzept schlüssig, und die Stellungnahmen aller Abteilungen sind zuvor positiv ausgefallen.

Aber gerade das Konzept war es, das Grünen-Chef Johannes Rauch gefehlt hat. „Es geht auch darum, zu wissen, was überhaupt angesiedelt werden soll: noch ein

Einkaufszentrum oder noch ein Baumarkt?“, verweist Rauch auf einen der Gründe, warum er gegen die Umwidmung gestimmt hat. Dass dies passiert, ist aber von vornherein ausgeschlossen. Denn: Die Grünzone lag zur Umwidmung in ein BB-II-Gebiet vor - das schließt die Ansiedelung von Handelsbetrieben aus.

Des Weiteren „will ich wissen, wie es sich mit der Landwirtschaft verträgt, wenn so ein großes Stück herausgenommen wird“.

Kaum Landwirtschaft

Dieser Argumentation kann wiederum der Hohenemser Wirtschaftsstadtrat Karl Dobler überhaupt nicht folgen. „Über das Grundstück verlaufen drei Hochspannungsleitungen und dazu kommen die Schadstoffe der Autos auf der A 14. Also das zu Lebensmitteln verarbeitete Getreide, das dort angebaut wird, will ich nicht essen“, sagt Dobler. Das sei auch der Grund, warum das Grundstück kaum für landwirtschaftliche Zwecke verwendet wird und es zahlreiche Studien gebe, die belegen, dass dieses Grundstück keine Grünzone mehr sei.

Er hofft, dass schlussendlich die Vernunft siegt. „Die gewünschten Unterlagen

Das geplante Betriebsgebiet

Liegt direkt an der A 14 und daher mit idealer Verkehrsanbindung. Nur noch die Umwidmung durch das Land fehlt.



VN-GRAFIK, FOTO: ORTHOPHOTOS © 2009 LAND VLBG, QUELLE: PLANUNGSBÜRO SCHNETZER/KREUZER

„Das Konzept fehlt mir. Was kommt dort hin? Ein neuer Baumarkt?“

JOHANNES RAUCH



werden wir nun nachreichen. Und dann haben wir wie schon zuvor alle Hausaufgaben erledigt.“

Geplant wäre laut Dobler eine Gesellschaft, an der die Stadt beteiligt ist, und die das gesamte Gebiet verwal-

tet. „Das hat den Vorteil, dass es für das ganze Gebiet nur einen Ansprechpartner und eine Anlaufstelle gibt“, erläutert der Wirtschaftsstadtrat.

Ersatz-Grünzone zerstückelt

13,5 Hektar Grund würden aus der Grünzone genommen. 5,2 Hektar würden als Ausgleichsfläche hergenommen - de facto geht es also um die Verringerung der Grünzone um 8,3 Hektar. Für Naturschutzanwältin Katharina Lins ist dies nicht zufriedenstellend. Deshalb hat sie gegen die Umwidmung ge-

stimmt. „Mir geht es darum, dass man die Grünzone ernst nimmt. Die Ersatz-Grünzone ist meines Erachtens wie ein Fleckerlteppich und schaut nach nichts aus.“ Das letzte Wort ist in dieser Causa noch nicht gesprochen. Im Juni tagt erneut der Raumplanungsbeirat. „Wir haben so viele Vorgaben des Landes in den letzten Jahren erfüllt, haben schon so viel investiert. Insgesamt arbeiten wir schon 17 Jahre an diesem Projekt. Ich und die Stadt werden weiterhin darum kämpfen“, sagt Dobler abschließend.

